



Jahresbericht 2025

**Regierungspräsidium Freiburg
Partner für Land und Region**

Inhalt



- 05 Vorwort**
- 06 Erneuerbare Energien**
Energiewende kommt voran
Tiefe Geothermie am Oberrheingraben
- 10 Genehmigungen von Industrieanlagen**
Entscheidungen mit Augenmaß
- 12 Zehn Jahre Landeserstaufnahme (LEA)**
Eine Erfolgsgeschichte
- 14 Japankäfer auf dem Vormarsch**
Invasiver Schädling bereitet Sorgen
- 16 Aufwändige Sanierung in der Wutachschlucht**
Wenn Infrastruktur ins Rutschen kommt
- 18 Trinationales Raumkonzept**
Wie soll sich die Region am Oberrhein entwickeln?
- 20 Für eine gute Betreuung an Grundschulen**
Millionen für den Ausbau von Ganztagschulen
- 22 Vorbereiten für den Ernstfall**
Feuerwehr und Forst arbeiten zusammen
- 24 Neuer Geschäftsführer des Biosphärengebiets**
Interview mit Florian Kübler
- 26 Wo Grenzen verschwinden**
Borderwalk am Oberrhein

Impressum | Organisationsplan



Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

laut einer forsa-Umfrage vom Juli 2025 halten 73 Prozent der Bürgerinnen und Bürger den Staat angesichts der Fülle an Aufgaben und Problemen für überfordert. Diese Zahl ist alarmierend. Zugleich bin ich der festen Überzeugung, dass sie nicht die objektive Lage widerspiegelt, in der sich unser Staat befindet. Ohne Zweifel sind die Herausforderungen, vor denen wir stehen, groß. So etwa die angespannte außenpolitische Lage, der demografische Wandel, der Mangel an Fachkräften und der Aufholbedarf bei der Digitalisierung – um nur einige zu nennen. Und doch bin ich der Auffassung, dass wir berechtigten Grund haben, darauf zu vertrauen, dass wir als Staat und Gesellschaft in Deutschland diesen Herausforderungen begegnen können.

Dieser Optimismus gründet auch auf der Erfahrung des letzten Jahres. In guter und konstruktiver Zusammenarbeit mit den Landkreisen und Kommunen, den Kammern und Verbänden sowie vielen weiteren Akteuren aus dem Bereich der Wirtschaft, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft haben wir viele Projekte bewegt und so unsere Region weiter nach vorne gebracht. Einige Beispiele finden sich in diesem Jahresbericht. Wir haben die Energiewende weiter vorangetrieben, unsere Industrie vor Ort begleitet und den Ganztagsausbau der Grundschulen gefördert. Wir bieten geflüchteten Menschen Obdach, tragen zum Schutz unserer Wälder bei



und arbeiten grenzüberschreitend mit unseren Nachbarn aus Frankreich und der Schweiz an der Entwicklung unserer trinationalen Metropolregion. Machen Sie sich selbst ein Bild von unseren vielfältigen Aktivitäten im Regierungspräsidium. Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre.

Ich danke Ihnen für unser vertrauensvolles und gutes Miteinander im vergangenen Jahr und freue mich auf unsere weitere Zusammenarbeit. Miteinander können wir auch in 2026 viel bewegen!

Ihr

Carsten Gabbert
Regierungspräsident

Wind. Sonne. Wärme. Wandel.

Die Transformation unseres Energiesystems ist eine Mammutaufgabe. Die Stabsstelle Energiewende, Windenergie und Klimaschutz (StEWK) des Regierungspräsidiums bündelt Fachwissen, berät bei der Anwendung von gesetzlichen Vorgaben in der Praxis und ist Partnerin derjenigen, die die Energiewende im Regierungsbezirk umsetzen und vorantreiben. Die Zuwächse beim Ausbau von Wind- und Solarenergie zeigen, dass es vorangeht – auch wenn die Herausforderungen groß bleiben.

„Das Zusammenspiel aus der regionalen Planungsoffensive und neuen vereinfachten rechtlichen Vorgaben aus der EU hat einen Turbo für den Ausbau der Windenergie im Land gezündet. Mit allen Projekten in der Pipeline werden wir die bei

uns installierte Leistung aus Windenergie mehr als verfünffachen können“, freute sich Regierungspräsident Carsten Gabbert bei der Eröffnung des dritten Windenergie-D dialogs am 11. November in Freiburg.

Der repowerte Windpark Schnürbuck in der Ortenau produziert jährlich rund 30 Millionen Kilowattstunden Strom.



Tatsächlich haben Projektierer im Jahr 2025 bis zum Stichtag am 30. Juni bei den zuständigen Landratsämtern des Regierungsbezirks Freiburg mehr als 60 Anträge für über 200 Windenergieanlagen eingereicht. Hauptgrund für die hohe Zahl an Anträgen war eine Ende Juni ausgelaufene Regelung der EU, die für Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen Erleichterungen bei der Umweltverträglichkeits- und Artenschutzprüfung vorsah, um den Ausbau zu beschleunigen.

Werden alle beantragten Vorhaben realisiert, dann steigt die installierte Windleistung im Regierungsbezirk Freiburg von derzeit 355 auf mehr als 2.100 Megawatt. Das entspricht ungefähr dem jährlichen Bedarf von 1,4 Millionen Haushalten.

Von der Antragstellung bis zur Inbetriebnahme einer Anlage ist es mitunter aber immer noch ein langer Weg. Dafür gibt es unterschiedliche Ursachen: Viele Behörden berichten von Unsicherheiten bei Praxis- und Vollzugsfragen aufgrund sich häufig ändernder rechtlicher und fachlicher Vorgaben. Genehmigte Projekte verzögern sich auch, weil die Anlagenhersteller aufgrund steigender Nachfrage Lieferschwierigkeiten haben oder weil nicht ausreichend geschultes Fachpersonal am Markt verfügbar ist, um die Anlagen zu errichten.

Die StEWK wurde im Jahr 2022 im Regierungspräsidium Freiburg eingerichtet, um Fachwissen auf regionaler Ebene zu bündeln und um allen Beteiligten eine zentrale Anlaufstelle anbieten zu können. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der StEWK unterstützen mit fachlicher Expertise und Erfahrungswissen. So gelingt es, den zuständigen Behörden den Rücken zu stärken und gemeinsam bei Entscheidungen Ermessensspielräume auszuloten. Auch die Vernetzung der beteiligten Akteure spielt eine wichtige Rolle: Zum dritten Windenergie-Dialog am 11. November kamen über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Verwaltung und Branche im Regierungspräsidium Freiburg zusammen, um sich über aktuelle Fragen zu informieren und praxisnahe Lösungen zu diskutieren.

Fortschritte bei der Solarenergie

Auch bei der Solarenergie sind weiter gute Fortschritte zu verzeichnen: Im Regierungsbezirk Freiburg wurden in diesem Jahr rund 400 Megawatt Solarleistung installiert. Der Zubau erfolgte zu einem

Viertel auf Freiflächen-Solaranlagen und zu drei Vierteln auf Dachanlagen. Insgesamt werden damit im Regierungsbezirk Freiburg bereits heute rund drei Gigawatt Strom durch Sonnenenergie erzeugt, das entspricht ungefähr dem jährlichen Bedarf von 1,1 Millionen Haushalten.

Bei der Agri-Photovoltaik werden Flächen sowohl für die Produktion von Solarenergie als auch für die Landwirtschaft genutzt. Im Oktober hat die StEWK zusammen mit der französischen Collectivité européenne d'Alsace und dem Verein TRION climate e. V. ein trinationales Symposium organisiert. Rund 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Schweiz, Frankreich und Deutschland kamen in der Hochschule Kehl zusammen, um über die Potenziale für diese Form der Energieerzeugung in der Grenzregion zu diskutieren. Sogar bis Paris hat sich die Expertise des RP mittlerweile herumgesprochen: Im November waren zwei Kolleginnen zu einer Fachtagung des Deutsch-französischen Büros für die Energiewende nach Paris eingeladen, um dort die südbadische Perspektive auf Agri-Photovoltaik zu präsentieren.

Wärmewende im Fokus

Neben der Energiewende rückt auch die sogenannte Wärmewende immer mehr in den Fokus: Gemeint ist damit die Umstellung der Wärmeversorgung auf klimaneutrale Energie. 50 Prozent des Endenergieverbrauchs in Deutschland entfallen auf den Wärmesektor. Wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen, dann müssen wir auch hier umsteuern.

Wesentlicher Baustein für die Transformation sind kommunale Wärmepläne. Seit Mitte des Jahres sind alle Kommunen zur Erstellung solcher Pläne verpflichtet. Die StEWK berät und unterstützt die kommunalen Akteure auf dem Weg der Planerstellung und ist für die abschließende Prüfung der Pläne verantwortlich. Gleichzeitig kümmert sich die StEWK auch um die Auszahlung der finanziellen Mittel, die die Kommunen für die Erstellung der Pläne vom Land erhalten. Ergänzend zu den Aktivitäten der Kommunen sind auch die Wärmenetzbetreiber verpflichtet, ihre Wärmenetze zu dekarbonisieren. Die Überwachung dieser Pflicht ist eine weitere Aufgabe der StEWK in den kommenden Jahren.

Tiefe Geothermie am Oberrhein

Anfang Oktober hat das Regierungspräsidium Freiburg (RP) gemeinsam mit Umweltministerium und Landesforschungszentrum Geothermie in einer Onlineveranstaltung über 150 Kommunen über die Chancen der Tiefen Geothermie informiert.

Von Lörrach bis Mannheim sind Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und Gemeinderatsmitglieder der Einladung des RPs gefolgt, um mehr über die Tiefe Geothermie und die Voraussetzungen für ihre Nutzung am Oberrhein zu erfahren.

Bei der Tiefen Geothermie wird aus einem Bohrloch aus rund 1000 bis 4000 Metern Tiefe heißes Wasser gewonnen, um über einen Wärmetauscher lokale Wärmenetze zu versorgen. Das abgekühlte Wasser wird anschließend durch ein zweites Bohrloch wieder in die wasserführende Schicht im Untergrund zurückgeleitet. So entsteht ein geschlossener Thermalwasserkreislauf.

Geothermie am Oberrhein

Am Oberrhein zwischen Basel und Mannheim hat die Landesbergdirektion des RP derzeit 16 Berechtigungen zur Aufsuchung und Gewinnung von Tiefer Geothermie vergeben. Die Planungsstände in den einzelnen Feldern sind sehr unterschiedlich von der Auswertung bereits bestehender Daten bis zur konkreten Festlegung eines Bohrplatzes bei Hartheim durch die Badenova und einer bereits fertiggestellten Bohrung in Graben-Neudorf durch die Deutsche Erdwärme. Daneben ist in Bruchsal seit vielen Jahren ein Geothermiekraftwerk der EnBW in Betrieb.

Dass die Potenziale für die Energie- und Wärme-wende dabei am Oberrhein nicht zu unterschätzen sind, wurde gleich zu Beginn der Veranstaltung im Vortrag von Frank Schilling vom Landesforschungszentrums Geothermie am Karlsruher Institut für Technik deutlich. Dank hoher Untergrundtemperaturen eignet sich der Oberrhein im deutschlandweiten Vergleich besonders gut für die klimaschonende Wärmeversorgung durch Tiefe Geothermie, die unabhängig von Tages- oder Jahreszeiten und bei jeder Witterung zur Verfügung steht.

Schutz von Mensch und Umwelt hat Priorität

Für die Genehmigung von Tiefen-Geothermie-Vorhaben ist in Baden-Württemberg die Landesbergdirektion im RP zuständig. Sie begleitet und überwacht die Projekte von der ersten Aufsuchung durch seismische Untersuchungen des Untergrunds und die Erkundungsbohrungen bis zum Dauerbetrieb. Dabei hat der Schutz von Menschen und Umwelt immer höchste Priorität. Wie Rupert Thienel von der Landesbergdirektion verdeutlichte, prüfen er und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter Einbeziehung der zuständigen Fachbehörden alle Sicherheitsaspekte – seien es mögliche Auswirkungen auf das Grundwasser oder Erdbeben.

Auch Regierungspräsident Carsten Gabbert zeigt sich überzeugt, dass eine sichere Nutzung der Tiefen Geothermie am Oberrhein möglich ist. „Als landesweit zuständige Aufsichts- und Genehmigungsbehörde sind wir uns unserer Verantwortung bewusst und haben die Risiken im Blick. Wir sollten die Möglichkeit dieser Technologie für eine importunabhängige, regionale und nachhaltige Wärmeversorgung am Oberrhein nutzen.“



Geothermiebohranlage der Deutschen Erdwärme in Graben-Neudorf.

Riehen als Vorreiter

Wie eine erfolgreiche Nutzung der Tiefen Geothermie für die örtliche Wärmeversorgung konkret aussehen kann, stellte Matthias Meier, Geschäftsführer der Erdwärme Riehen, vor: In dem Basler Vorort werden schon seit 1994 viele Häuser erfolgreich mit Wärme aus dem Boden versorgt. Heute liefert die Anlage Fernwärme für rund 10.000 Personen.

Zum Abschluss beantworteten die Referenten gemeinsam mit Umweltstaatssekretär Andre Baumann Fragen der Zuhörerinnen und Zuhörer, unter anderem zu möglichen Risiken der Tiefen Geothermie, Förderungen des Landes und dem Umgang mit Schäden. Rupert Thienel wies darauf hin, dass das RP im Rahmen des aufwändigen Genehmigungsprozesses für Geothermiebohrungen insbesondere die Sicherheitsaspekte intensiv prüfe und entsprechende Auflagen erteile.

Hohe Sicherheitsstandards

Durch festgeschriebene Sicherheitsmaßnahmen werde bereits ausgeschlossen, dass es zu Strukturschäden an Gebäuden komme könne. Darüber hinaus verlangt das Land Baden-Württemberg von den Unternehmen den Abschluss einer Haftpflichtversicherung, mit der Schäden bis in den zweistelligen Millionenbereich abgesichert werden.

Sollte es dennoch einmal zu Schäden kommen, soll die Schadensabwicklung für Bürgerinnen und Bürger künftig einfacher werden. Staatssekretär Baumann und Steffen Heidt vom Umweltministerium Baden-Württemberg erklärten, dass das Land aktuell gemeinsam mit den Unternehmen eine Ombudsstelle plane, die mögliche Schäden als neutrale Institution schnell, zuverlässig und gleichmäßig regulieren solle.

Entscheidungen mit Augenmaß

Das Regierungspräsidium überwacht und genehmigt Industrieanlagen mit einem hohen Umwelt- oder Sicherheitsrisiko. Dabei bündelt es die Interessen von Behörden und Antragstellern, um schnelle und effiziente Verfahren zu ermöglichen. Zwei aktuelle Beispiele zeigen, wie konstruktives Arbeiten komplexe Projekte erfolgreich und zügig zum Abschluss bringt.

Die fünf Industriereferate in der Umweltschutzabteilung des Regierungspräsidiums sind zuständig für Industrieanlagen, von denen ein hohes Umwelt- oder Sicherheitsrisiko ausgeht und für Betriebe, bei denen es schwere Unfälle mit gefährlichen Stoffen geben kann. Dies umfasst alle Aufgaben im Umweltschutz und Arbeitsschutz für sämtliche

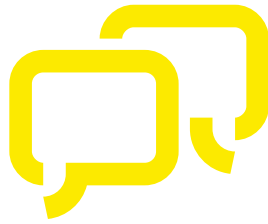
Anlagen an einem Standort. Wenn solch ein Betrieb seine Produktion ändern oder erweitern möchte, muss er einen Genehmigungsantrag beim RP einreichen. Die Fachleute des RP stehen dabei schon vor der Einreichung des formellen Antrags mit den Betrieben im Kontakt, zum Beispiel um den Umfang der Antragsunterlagen festzulegen. Im Genehmi-

Von links: Landrat Christian Ante, Regierungspräsident Carsten Gabbert, Gutex-Geschäftsführer Claudio Thoma und Verbandsdirektor Markus Riesterer (Zweckverband Gewerbepark Breisgau) bei der Firma Gutex in Eschbach.



"Wir unterstützen die Industrie mit zügigen und effizienten Genehmigungsverfahren."

Carsten Gabbert,
Regierungspräsident



gungsverfahren bündeln sie dann die Stellungnahmen anderer Behörden und Interessensverbände und holen Einwendungen zentral ein. Die Industrie-referate müssen deswegen über branchenspezifisches Wissen verfügen und gleichzeitig die rechtlichen Grundlagen und fachlichen Voraussetzungen für die Erteilung der Genehmigungen kennen. Die teilweise unterschiedlichen Interessen gut abzuwägen, erfordert Augenmaß und Pragmatismus. So ist es möglich, auch komplexe Genehmigungen zügig zu erteilen. Das zeigen zwei aktuelle Beispiele aus der Genehmigungspraxis des RP.

Klärschlammverwertungsanlage in Forchheim

Das Genehmigungsverfahren für den Bau und Betrieb einer Anlage zur Verbrennung von kommunalen Klärschlämmen in Forchheim wurde in nur 13 Monaten umgesetzt – von der Übergabe der Antragsunterlagen bis zur Erteilung der Genehmigung im September. Ziel des Klärschlammverwertung Zweckverbands Südbaden ist es, den anfallenden Klärschlamm von 27 Kläranlagen entlang der Rheinschiene umweltverträglich und nachhaltig zu verwerten. Die künftige Monoverbrennungsanlage schafft die Grundlage, damit die entstehenden Aschen später zur Rückgewinnung des wertvollen Rohstoffs Phosphor genutzt werden können. Das Investitionsvolumen liegt bei über 100 Millionen Euro.

Das Verfahren konnte auch deshalb so zügig abgeschlossen werden, weil das RP seine Spielräume genutzt hat. So wurden beispielsweise Kritikerinnen und Kritikern sehr früh eingebunden. Mit einem sogenannten Einwenderdialog konnten strittige Punkte aus dem Weg geräumt werden. Ein formaler Erörterungstermin war damit nicht mehr notwendig.

Auch die sorgfältige Vorbereitung und vollständige Einreichung der Genehmigungsunterlagen durch den Antragsteller hat das Verfahren wesentlich beschleunigt. Und nicht zuletzt haben die Fachleute des RP bei der Genehmigungserteilung abteilungsübergreifend zusammengearbeitet und Aufgaben an den Stellen gebündelt, wo es möglich war. Regierungspräsident Carsten Gabbert: „Das Genehmigungsverfahren zeigt mustergültig, wie auch solche komplexen Verfahren zügig und erfolgreich zum Abschluss gebracht werden können, wenn alle Beteiligten konstruktiv zusammenarbeiten.“

Neues Verfahren zur Krebsvorsorge

Dass schnelle Genehmigungen auch bei neuen Verfahren möglich sind, zeigt die Genehmigung für ein Verfahren zur Früherkennung von Lungenkrebs bei starken Rauchern am Universitätsklinikum Freiburg, die in wenigen Monaten abgeschlossen werden konnte. Durch die im September erteilte Genehmigung ist das Universitätsklinikum das erste Krankenhaus in Baden-Württemberg, das diese neue Form der Früherkennung anbieten darf. Das Screening erfolgt mithilfe modernster CT-Technologie. Lungenkrebs kann damit in einem sehr frühen Stadium erkannt werden – lange bevor Beschwerden auftreten. Die onkologische Versorgung im Land wird dadurch nachhaltig gestärkt.

Carsten Gabbert: „Das Universitätsklinikum Freiburg setzt mit der Lungenkrebsfrüherkennung einen wichtigen Meilenstein in der Krebsvorsorge und ein weiteres Ausrufezeichen für die exzellente Qualität der medizinischen Versorgung in Südbaden. Es freut mich, dass mein Haus dies einmal mehr mit einem zügigen und effizienten Genehmigungsverfahren unterstützen konnte. Erkrankte können nun frühzeitig von dieser Vorsorge profitieren.“

Weiter konnten in diesem Jahr unter anderem die Erweiterungen Kreismülldeponien im Landkreis Lörrach und im Ortenaukreis, von Biogasanlagen in den Landkreisen Lörrach, Emmendingen und im Ortenaukreis, die Erneuerung der Energiezentrale in einer Biomasseanlage im Landkreis Konstanz oder die Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Wärmerückgewinnung im Ortenaukreis genehmigt werden – jeweils Investitionen in Millionenhöhe, die vom RP auch nach erteilter Genehmigung über die gesamte Umsetzungsphase bis zur Inbetriebnahme und darüber hinaus eng begleitet werden.

Zehn Jahre LEA: Ein Erfolgsmodell

Im Jahr 2015 erhielt das RP die Zuständigkeit für die Erstaufnahme von Geflüchteten im Regierungsbezirk Freiburg. Wurde zu Beginn erfolgreich improvisiert, hat sich die Landeserstaufnahmereinrichtung (LEA) in Freiburg in den vergangenen zehn Jahren zu einem professionell geführten und gut eingespielten Betrieb entwickelt.

Zu Spitzenzeiten sind im Jahr 2015 in Baden-Württemberg täglich 2000 Menschen angekommen, die untergebracht werden mussten. Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung die Erstaufnahme vom RP Karlsruhe an alle vier Regierungspräsidien ausgeweitet. Im Regierungsbezirk Freiburg wurden im Herbst 2015 binnen zwei Monaten sechs Erstaufnahmeeinrichtungen mit einer Gesamtkapazität von über 8000 Plätzen aufgebaut. Das RP Freiburg

stellte aus Mitarbeitenden verschiedener Referate eine Task Force zusammen, die in kürzester Zeit Infrastruktur, Verwaltung und Dienstleister für alle neu geschaffenen Erstaufnahmeeinrichtungen organisierte. Im Stadtgebiet Freiburg wurde kurzfristig das ehemalige Sportplatzgelände der damaligen Polizeiakademie bereitgestellt, wo drei Leichtbauhallen errichtet wurden – das war der Beginn der LEA Freiburg mit rund 900 (Not)-Plätzen.

Das Gelände der ehemaligen Polizeischule in Freiburg bietet inzwischen Platz für bis zu 850 Geflüchtete.



„Unsere Aufgabe war und ist es sowohl damals als auch heute, die Menschen, die zu uns kommen, unterzubringen. In der LEA finden sie Schutz und Sicherheit, sie bekommen ein Bett und alles, was man zum Leben braucht. Das haben wir trotz aller Herausforderungen über die letzten zehn Jahre immer wieder geschafft – natürlich gemeinsam mit den Landkreisen und Kommunen“, sagt Peter Kramer, Leiter des Referats für Flüchtlingsaufnahme am RP, der von Anfang an dabei war. In der LEA werden die Geflüchteten gesundheitlich untersucht und registriert. Ihren Asylantrag stellen sie beim Bundesamt für Migration, wo auch das eigentliche Asylverfahren läuft.

Die LEA verfügt inzwischen über vier Unterakunftsgebäude und ein Containerdorf mit Platz für bis zu 850 Menschen. Hinzu kommen Kantine, Gemeinschaftsräume, Registrierung, ärztliche Versorgung und Kita. Rund 100 Beschäftigte aus RP, Uniklinik und Dienstleister arbeiten auf dem Gelände. Hinzu kommen rund 70 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, die unterschiedliche Aktivitäten anbieten, wie Sprachkurse, Sport- und Spielangebote.

"Das Zusammenleben in der LEA ist eine große Herausforderung."



Peter Kramer,
Leiter des Referats für
Flüchtlingsaufnahme

Kommen an manchen Tagen nur einzelne Geflüchtete an, gab es in den vergangenen Jahren immer wieder größere Ankunftsstellen. Nach Ausbruch des Ukrainekriegs im Frühjahr 2022 war die LEA wieder am Anschlag. Wieder mussten kurzfristig Notunterkünfte organisiert werden, um für Landkreise und Kommunen einen Puffer zu schaffen. Inzwischen hat sich die Situation mit durchschnittlich rund 500 Bewohnerinnen und Bewohnern deutlich entspannt. Sie kommen aktuell aus 26 Ländern, die meisten aus der Türkei, Syrien, und Afghanistan.

„Das Zusammenleben in der LEA ist aufgrund der unterschiedlichen Kulturen, Religionen, Weltanschauungen und Sozialisierungen eine große Her-



Um den Geflüchteten schnell eine Bleibe zu verschaffen, wurden 2015 drei Leichtbauhallen errichtet.

ausforderung. Viele sind traumatisiert von der Flucht“, berichtet Peter Kramer. Damit das funktioniert, brauche es klare Spielregeln. Die Hausordnung der LEA vermittelt die Werte der westlichen Gesellschaft wie Gleichstellung von Mann und Frau sowie einen gewaltfreien und respektvollen Umgang. Alltagsbetreuer und Sicherheitsleute achten darauf, dass die Spielregeln eingehalten werden. Bei Gewaltausbrüchen wird die Polizei verständigt.

Obwohl die Zahl der Geflüchteten im vergangenen Jahr deutlich zurück gegangen ist, hat die Landesregierung entschieden, die Kapazität für die Erstaufnahme auszubauen: Da die Flüchtlingsströme vom Weltgeschehen abhängen, können sie jederzeit wieder größer werden. Ziel des Landes ist es, künftig auf Notunterkünfte in Turnhallen verzichten zu können. Deshalb soll die LEA weiterwachsen: Das Land hat der Einrichtung zwei weitere Gebäude auf dem Gelände der ehemaligen Polizeiakademie zugewiesen, wo bislang das Bildungszentrum der Oberfinanzdirektion untergebracht war. Nach der Sanierung wird die LEA über 350 zusätzliche Plätze verfügen.

Japankäfer auf dem Vormarsch

Durch den internationalen Warenverkehr und den Klimawandel werden neue Arten eingeschleppt - darunter der Japankäfer, der für die Landwirtschaft eine massive Bedrohung darstellt. Der Pflanzenschutzdienst des Regierungspräsidiums überwacht das Vorkommen des Schädlings.



Anfang Juli 2025 hat der Pflanzenschutzdienst des Regierungspräsidiums Freiburg (RP) am Güterbahnhof in Freiburg elf Japankäfer gefangen. Um die Befallsfläche der Käfer zu bestimmen, hat das RP sein Monitoring intensiviert und vor Ort rund 40 Fallen installiert, die täglich geleert wurden. Ergebnis: Bis Ende August wurden insgesamt 31 Käfer gefunden. In Weil am Rhein gingen zwei und in Singen ein Käfer in die Falle. Aufgrund der besorgniserregenden Funde in Freiburg war klar, dass der Schädling intensiv bekämpft werden muss, um seine Ausbreitung in Baden-Württemberg zu verhindern.

Allgemeinverfügung erlassen

Das RP und das Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald haben Ende Juli eine Allgemeinverfügung zur Bekämpfung des Japankäfers erlassen. Dabei wurde eine Befallszone in Teilen der Stadt Freiburg und eine Pufferzone unter anderem in Gundelfingen, Glottertal, Umkirch und der March ausgewiesen. In der Befallszone in Freiburg durften beispielsweise Rasenflächen in den Sommermonaten nicht bewässert und Pflanzen mit Erdanteilen und Erde nur unter bestimmten Bedingungen aus den Sperrzonen transportiert werden. Ausnahmen zum Beregnungsverbot gab es übrigens für die Fußballplätze des SC Freiburg und der Alemannia Zähringen. Dort wurden die Larven mit sogenannten Nematoden abgetötet.

Auch in der Pufferzone rund um Freiburg ist die Aufmerksamkeit hoch. Zwar bleiben Erntegüter wie Getreide, Silage oder Stroh von Verbringungsbe-

Der **Japankäfer** (*Popillia Japonica*) ist in der Europäischen Union als prioritärer Quarantäneschädling eingestuft. Das heißt, seine Ausbreitung muss zum Schutz der Landwirtschaft verhindert werden. Er wurde aus seiner Heimat in Nordchina und Japan nach Nordamerika und Europa eingeschleppt. In der EU tritt er bisher auf den Azoren und in der Region um Mailand und mehreren Standorten in der Schweiz auf. Der Japankäfer frisst mehr als 400 sogenannte Wirtspflanzen, darunter zum Beispiel bedeutende Kulturarten wie Weinrebe, Mais, Sojabohne, Apfelbäume und verschiedenste Strauch- sowie Baumarten.



Ellen John und Heiko Disch vom Pflanzenschutzdienst des Regierungspräsidiums haben in Freiburg rund 40 Fallen installiert und insgesamt 31 Japankäfer gefunden.

schränkungen verschont, dennoch entsteht durch strengere Vorgaben bei Erdbewegungen und dem Transport von Pflanzen mit Erdanhaftungen zusätzlicher Aufwand.

Intensive Überwachung ab Mai

Über diese Maßnahmen zur Bekämpfung des Eindringlings hinaus wird der amtliche Pflanzenschutzdienst des RP in Abstimmung mit dem Landwirtschaftlichen Technologiezentrum Augustenberg mit Beginn der Flugzeit ab Mai 2026 die Überwachung in Freiburg und an weiteren Risikostandorten fortführen beziehungsweise intensivieren. Damit soll eine Ansiedlung des Japankäfers in Baden-Württemberg verhindert werden, der in den Befallsgebieten in großer Zahl auftritt.

Wenn Infrastruktur ins Rutschen kommt

Ein Hangrutsch macht die wichtigste Straße in der Wutachschlucht unpassierbar und löst eines der anspruchsvollsten Sanierungsprojekte des Jahres aus.

Die Wutachschlucht ist bei Naturliebhabern als Ausflugsziel bestens bekannt, hindurch fährt man über die Landesstraße 170. Bereits im Februar 2024 kam es entlang der wichtigen Verbindung zwischen Bonndorf und Löffingen zu starken Bewegungen im Hang. Die Straße rutschte in der Folge immer weiter ab und große und tiefe Risse taten sich auf. Zur Sicherheit der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer musste die Fahrbahn daraufhin sofort vollständig gesperrt werden.

Das hatte vor allem Einschränkungen für Pendlerinnen und Pendler zur Folge, die jetzt weite Umwege in Kauf nehmen mussten. Nachdem der Hang unmittelbar und umfassend begutachtet wurde,

liefen die Arbeiten des Regierungspräsidiums auf Hochtouren: Entwässerungsleitungen wurden freigeräumt, der Hang zunächst provisorisch gesichert und Messpunkte zur Ermittlung der Rutschungsaktivitäten gesetzt. Parallel startete ein umfangreiches geologisches Erkundungsprogramm. „Die Hänge in der Wutachschlucht sind seit Jahrtausenden in Bewegung – mal schneller, mal langsamer.

Entscheidend ist, dass wir die Dynamik verstehen und die Planungen darauf abstimmen“, erklärt Geologe Volker Bodien vom Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau im Regierungspräsidium (RP). Eine herausfordernde Ausgangslage um ein tragfähiges Sanierungskonzept zu entwickeln.



Wichtige Straße provisorisch geöffnet

Um die Einschränkungen für die Bevölkerung so gering wie möglich zu halten, konnte das Regierungspräsidium die Landesstraße Ende November 2024 provisorisch für Fahrzeuge bis 3,5 Tonnen einspurig öffnen – eine spürbare Entlastung für die Menschen in der Region. Parallel wurden die Hangbewegungen mit einem Messsystem überwacht, sodass bei Bewegungen die Straße mit einem Ampelsystem wieder gesperrt werden konnte.

Den Mitarbeitenden des RP war wichtig, alle Betroffenen bei den komplexen Sanierungsplänen mitzunehmen. Neben regelmäßigen Veranstaltungen mit Bürgermeister*innen und Abgeordneten präsentierten die Fachleute des RP in einer Infoveranstaltung im Mai 2025 nicht nur die Ergebnisse der Bewegungsmessungen, sondern stellten auch das umfassende Sanierungskonzept im Detail vor und beantworteten Fragen der Bevölkerung.

Rutscht der Regierungsbezirk?

In der vom Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau herausgegebenen ingenieurgeologischen Gefahrenhinweiskarte sind weniger als drei Prozent des Regierungsbezirks als aktive oder inaktive Rutschgebiete ausgewiesen. Am stärksten betroffen sind die Landkreise Tuttlingen und Waldshut mit jeweils rund fünf Prozent ihrer Fläche und Konstanz, wo auf etwas mehr als vier Prozent der Fläche aktive und inaktive Rutschungen nachgewiesen sind. In diesen Kreisen sind rutschanfällige geologische Schichten z. B. aus dem Muschelkalk, dem Keuper, dem Jura oder dem Tertiär an der Oberfläche weit verbreitet. Zudem ist am Rand von Schwarzwald und Schwäbischer Alb, im Hegau sowie in den jüngeren Flusstälern wie zum Beispiel der Stockacher Aach mit ihren vielen kleineren Zuflüssen und der Wutachschlucht ein steiles Relief vorhanden, was zusammen mit rutschanfälligem Gestein die Entstehung von Rutschungen begünstigt.



Regierungspräsident Gabbert im Gespräch mit einer von rund 100 Interessierten bei der Infoveranstaltung in Bonndorf.

„Wir wollen die Straße so schnell wie möglich wieder sicher befahrbar machen – ohne Kompromisse bei der Qualität“, versicherte Dieter Bollinger, Leiter des Straßenbaureferats Süd, den Menschen vor Ort. Jede Maßnahme sei darauf ausgerichtet, die Belastungen für die Menschen in der Region so gering wie möglich zu halten.

Große Maschinen im Einsatz

Nach intensiven Planungen startete dann im August 2025 die umfassende Sanierung der Straße. Sie soll bis April 2026 wieder vollständig für den Verkehr geöffnet und nachhaltig widerstandsfähiger für die Bewegungen des Hangs gemacht werden. Wegen des Einsatzes großer Maschinen kann die Straße ausschließlich unter Vollsperrung saniert werden. Dabei sind mehrere technisch anspruchsvolle Arbeitsschritte erforderlich: Eine Bohrpfehlwand stabilisiert den Hang von unten, während eine Kiespfehlgalerie zur dauerhaften Entwässerung eingerichtet wird. Eine beschädigte Gabionenwand im Bereich der Schattenmühle wird ebenso erneuert wie der komplette Fahrbahnbelag. Insgesamt investiert das Land rund 1,5 Millionen Euro.

Herausforderungen durch Rutschungen bleiben

Die Wutachschlucht bleibt ein geologisch aktives Gebiet. Auch künftig können sich im Untergrund Bewegungen ergeben, die trotz Sanierung nicht vollständig vermeidbar sind. Deshalb setzt das RP auf eine Kombination aus baulicher Sicherung und fortlaufender Beobachtung. Ziel ist es, die Straße so stabil und sicher wie möglich zu gestalten und Risiken dauerhaft zu minimieren.

Wie soll sich die Region am Oberrhein bis 2050 entwickeln?

Mit dem trinationalen Raumkonzept haben Deutschland, Frankreich und die Schweiz erstmals einen grenzüberschreitenden Planungsrahmen geschaffen, der Antworten liefert.

Der Oberrhein zwischen Basel und Karlsruhe zählt zu den dynamischsten europäischen Grenzräumen – ein grenzüberschreitender Wirtschaftsstandort und Lebensraum, vor dem auch die Herausforderungen unserer Zeit nicht Halt machen. Raumplanungsexperten aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz haben in der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz (ORK) ein gemeinsames grenzübergreifendes Raumkonzept entworfen. Es soll Orientierung geben für Entschei-

dungen, die die Region auf Jahrzehnte prägen – von Mobilität über Siedlungsentwicklung bis hin zu Energie und Landschaftsschutz.

Die Ausgangslage ist anspruchsvoll: Einerseits gibt es grenzübergreifend gemeinsame Herausforderungen wie die Anpassung an den Klimawandel, den Klimaschutz durch erneuerbare Energien und Dekarbonisierung von Industrie und Mobilität, die Beibehaltung der hohen Innovationskraft der Wirt-

Im Beisein von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Mitte) hat die Oberrheinkonferenz im Mai 2025 das Raumkonzept verabschiedet.



schaft oder den Schutz wertvoller Freiräume im Interesse der Ökologie und der Landwirtschaft im engen Korridor zwischen Vogesen und Schwarzwald. Andererseits sind unterschiedliche Bedingungen und Schwerpunkte der Regionen in den drei Ländern zu verzeichnen, etwa bei den Pendlerströmen, der Wohnraumschaffung oder der industriellen Ausrichtung. Ein gemeinsames Verständnis davon, wie diese unterschiedlichen Perspektiven und Rahmenbedingungen im Interesse der Sicherung der hohen Lebensqualität unseres Raums zusammenfinden können, ist der Schlüssel für ein tragfähiges Konzept. Auf insgesamt 132 Seiten enthält das Raumkonzept Oberrhein Aussagen zur räumlichen Entwicklung des Gebiets mit den Regionen südlicher und mittlerer Oberrhein, Hochrhein-Bodensee und Rhein-Neckar, Teilen von Rheinland-Pfalz, dem Elsass und der Nordwestschweiz. Es formuliert Leitsätze und visualisiert die angestrebte Raumentwicklung durch kartographische Darstellungen, die in ein Raumbild 2050 münden.

„Das Raumkonzept Oberrhein zeigt auf, dass wir die Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam und grenzüberschreitend besser meistern können. Dies gilt für die Energie- und Mobilitätswende genauso wie für den Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe und den Erhalt der Biodiversität“, erklärte Regierungspräsident Carsten Gabbert: „Das Konzept hilft mit beim weiteren Zusammenwachsen in der trinationalen Metropolregion im Herzen Europas.“

Erstellt wurde das Raumkonzept unter der Ägide der Arbeitsgruppe Raumordnung der ORK. Darin arbeiten Vertretungen der Planungsinstanzen des gesamten Oberrheingebiets mit. „Im Raumkonzept sehen wir den Rhein nicht mehr als Grenze, sondern als Mitte unserer Planungen“, unterstrich Johannes Dreier, Abteilungsleiter im Regierungspräsidium Freiburg und Leiter der grenzüberschreitenden Arbeitsgruppe.

In einem über zweijährigen Prozess mit mehreren Workshops wurden die unterschiedlichen Planungsansätze zusammengeführt und eine gemeinsame Sicht der französischen, schweizerischen und deutschen Planungsträger erarbeitet. Mit Mitteln aus dem europäischen Interreg-Programm, die in der Trägerschaft der Collectivité européenne d'Alsace verwaltet wurden, erstellte eine trinationale Gemeinschaft von Planungsbüros einen Entwurf. Dieser wurde im ersten Halbjahr 2025 breit mit den

Raumkonzept Oberrhein Projet de territoire du Rhin supérieur

Schlussbericht Rapport final



Landes- und Regionalplanungsinstanzen in Deutschland, Frankreich und der Schweiz abgestimmt sowie den Auswärtigen Ämtern der Nationalstaaten vorgestellt. Am 16. Mai 2025 verabschiedete das Präsidium der ORK im schweizerischen Rheinfelden das Raumkonzept. Im zweiten Halbjahr 2025 lag der Fokus auf regionalen Veranstaltungen in Basel, Freiburg, Colmar und Lauterbourg, bei denen das Raumkonzept vorgestellt und konkrete Schlüsselprojekte diskutiert wurden. Hierzu gehören etwa eine bessere Anbindung des Euro-Airports an den ÖPNV, der Ausbau der grenzüberschreitenden Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur zwischen Kehl und Straßburg, die grenzüberschreitende Verknüpfung der Wasserstoffpipelines, ein intermodales Logistikkonzept Oberrhein sowie die grenzüberschreitende Information und Akzeptanzförderung zur Tiefengeothermie entlang des Oberrheingrabens.



Neugierig? Das Raumkonzept
verbirgt sich hinter dem QR-Code.

Viele Millionen für den Ganztagsausbau an Grundschulen



Ab dem 1. August 2026 gilt der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung für Kinder im Grundschulalter in Baden-Württemberg. Im Rahmen des Investitionsprogramms zum Ganztagsausbau hat das Regierungspräsidium Freiburg im vergangenen Jahr 126 Anträge von Schulträgern bewilligt und insgesamt rund 108 Millionen Euro an Bundes- und Landesmitteln verteilt – für die Schulabteilung des RP eine große Herausforderung mit großer Wirkung.

Vom kommenden Schuljahr an haben Eltern den Anspruch, dass ihre Grundschulkinder werktags acht Stunden betreut und gefördert werden – los geht es mit den ersten Klassen. Der Bund unterstützt die Umsetzung dieses Betreuungsanspruchs durch ein Förderprogramm für investive Maßnahmen wie die Räumung und Erschließung von Grundstücken, den Neubau oder Umbau von Einrichtungen sowie Investitionen in die Ausstattung von Ganztageseinrichtungen. Ziel des Investitionsprogramms Ganztagsausbau ist, die Infrastruktur der Schulen zu modernisieren und innovative Bildungsangebote zu fördern. Damit alle bis zum Stichtag am 11. September 2024 eingereichten Anträge berücksichtigt werden können, hat das Land Baden-Württemberg zusätzlich zu den landesweit 358,6 Millionen Euro an Bundesmitteln weitere Mittel in Höhe von 861,3 Millionen Euro für die Jahre 2024 bis 2029 bereitgestellt.

Für eine erfolgreiche Zukunft aller Kinder

„Die Investition in die Ganztagesbetreuung ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass alle Kinder die bestmöglichen Chancen auf eine erfolgreiche Zukunft haben“, betont Regierungspräsident Carsten Gabbert: „Die Nachfrage nach den Mitteln des Investitionsprogramms war von Beginn an sehr hoch. Wir sind froh, dass wir alle rechtzeitig eingereichten Anträge der Schulträger im Regierungsbezirk Freiburg, die die Förderkriterien erfüllen, bewilligen konnten. Mit den zusätzlichen Mitteln können die Landkreise und Kommunen die bestehenden Ganztagsangebote weiter ausbauen und verbessern.“ Insgesamt gingen beim RP Freiburg 161 Anträge von Schulträgern ein, davon 15 von privaten Trägern. Bis Ende 2025 hat die Schulabteilung des RP 126 Anträge bewilligt und von den bereit



Neuer Betreuungsraum der Grundschule Deilingen (Tuttlingen)

gestellten Bundesmitteln rund 68 Millionen Euro sowie von den zusätzlichen Landesmitteln rund 40 Millionen Euro an Landkreise, Kommunen und private Träger vergeben. „Für uns war die Bearbeitung der Anträge eine Mammutaufgabe, zu deren Bewältigung wir eine zusätzliche Arbeitskraft erhalten haben und dankenswerterweise vorübergehende Aushilfen aus anderen Referaten. Angesichts der vielen wichtigen Projekte, die die Schulträger durch die staatlichen Zuschüsse nun stemmen können, muss ich sagen: Es hat sich wirklich gelohnt“, berichtet Abteilungsleiter Thomas Hecht.

Große Bandbreite bewilligter Projekte

Die Bandbreite der bewilligten Projekte ist sowohl in finanzieller Hinsicht als auch inhaltlich groß. Die erste Bewilligung hat die Stadt Laufenburg bereits im November 2024 erhalten. Für die Einrichtung einer Mensa und weiterer Betreuungsräume der Hebelschule erhielt sie rund zwei Millionen Euro, das sind 70 Prozent der anererkennungsfähigen Gesamtkosten. Der größte Zuschuss in Höhe von rund neun Millionen Euro ging bislang an die Stadt Emmendingen für den Neubau von Betreuungsräumen und Freispielanlagen sowie Ausstattungsinvestitionen an der Fritz-Boehle-Schule.

links: Mensen sind zentraler Bestandteil des Investitionsprogramms Ganztagsausbau des Bundes. Auf dem Bild sieht man die 2025 eröffnete Mensa der Anne-Frank-Schule in Freiburg.

Vorbereitet, wenn der Wald brennt

Die Gefahr von Waldbränden nimmt mit dem Klimawandel auch in Baden-Württemberg zu. Mit Tandems aus Feuerwehrleuten und Forstleuten sowie dem integrierten Waldbrandmanagement wappnet sich die landesweit zuständige Forstdirektion im Regierungspräsidium für den Ernstfall.

Mit weniger als 100 Waldbränden ist Baden-Württemberg 2025 von großen Waldbränden verschont geblieben: Alle diese Brände waren zusammen kleiner als zehn Fußballfelder - eine Situation, die nicht mit Bränden wie in den USA oder auf den griechischen Inseln vergleichbar ist. Und dennoch sind

auch hier im Schwarzwald die Folgen des Klimawandels deutlich spürbar und das Waldbrandrisiko steigt. Damit Baden-Württemberg gut für den Ernstfall vorbereitet ist, arbeiten Forstverwaltung und Feuerwehren eng zusammen.

Regierungspräsident Carsten Gabbert macht sich am Infotag der Plattform Integriertes Waldbrandmanagement auf dem Mattenhof in Gengenbach ein Bild von den Waldbrandeinsatzkarten.



Ein zentraler Bestandteil der bislang überwiegend präventiven Arbeit ist unter anderem das praxisorientierte Tandemkonzept, das die Zusammenarbeit zwischen Forstverwaltung und Feuerwehr auf allen Verwaltungsebenen strukturell verankert. Ziel der Tandems, die sich aus einer oder einem Angehörigen der Feuerwehr (in der Regel einem Kreisbrandmeister bzw. einer Kreisbrandmeisterin) und zwei Försterinnen bzw. Förstern zusammensetzt ist es, den regelmäßigen Austausch zwischen den Fachbehörden zu stärken und beide Seiten frühzeitig auf die zunehmende Waldbrandgefahr vorzubereiten. Darüber hinaus stellt die Forstdirektion im Regierungspräsidium Freiburg (RP) umfassende, digitale Waldbrandeinsatzkarten zur Verfügung, die insbesondere im Ernstfall Feuerwehren den Weg in und aus dem Wald weisen und für Orientierung und Unterstützung sorgen.

Um die Zusammenarbeit aller relevanten Akteure im Land weiter zu verbessern, hat die Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg, in enger Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, dem

Warum brennt der Wald?

Eine Untersuchung der Waldbrandursachen von 2010 bis 2023 zeigt ein deutliches Bild: ohne Menschen keine Waldbrände. Neben vorsätzlicher Brandstiftung sind viele Feuer auf Fahrlässigkeit zurückzuführen – etwa durch weggeworfene Zigaretten, unachtsamen Umgang mit Grillstellen oder das Verbrennen von Laub und Reisig in Waldnähe.

Deshalb setzen Katastrophenschutz, Forstverwaltung und Feuerwehren gemeinsam auf Aufklärung: Nur wer die Ursachen kennt, kann Feuer vermeiden. Nähere Informationen verbergen sich hinter dem QR-Code.



Gemeinsam „vor der Lage“ sein: Forstverwaltung und Katastrophenschutz arbeiten bei der Waldbrandprävention eng zusammen.

Innenministerium sowie dem RP im letzten Jahr die „Plattform Integriertes Waldbrandmanagement“ ins Leben gerufen. Sie soll Fachwissen bündeln, eine gemeinsame Informationsbasis schaffen und auch die Bevölkerung abgestimmt und verständlich informieren.

„In der Krise Köpfe kennen“ – dieses Prinzip gilt auch bei Waldbränden. Deshalb organisierte die Plattform im Juli 2025 einen Infotag mit Fachleuten aus Frankreich, der Schweiz, Deutschland und Polen, an dem auch Regierungspräsident Carsten Gabbert teilnahm. Das mehrtägige Treffen im Forstlichen Ausbildungszentrum Mattenhof in Gengenbach machte sichtbar, wie unterschiedlich zum Teil die regionalen Herausforderungen und Rahmenbedingungen sind: von digitalen Informationssystemen über französische Gefahrenmodelle bis zur kamerabasierten Waldbrand-Überwachung aus der polnischen Region Lublin. Gleichzeitig zeigte sich, wie wertvoll persönliche Kontakte und verlässliche Strukturen für eine funktionierende grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind. Schon heute können zweisprachige Verbindungsoffiziere aus dem Regierungsbezirk Freiburg und dem Elsass im Einsatzfall aktiviert werden, um Sprachbarrieren zu überbrücken. Gemeinsame Übungen – zuletzt mit Einheiten aus dem westlichen Regierungsbezirk und dem Département Haut-Rhin – stärken zusätzlich die operative Einsatzfähigkeit.

„Junge Perspektiven in die Arbeit einbinden“

Am 1. November 2025 hat Florian Kübler (34) die Nachfolge von Walter Kemkes als Geschäftsführer des Biosphärengebiets Schwarzwald angetreten. Im Interview schildert er, was er mitbringt und welche Ideen er hat zur Weiterentwicklung der UNESCO-Modellregion.

Herr Kübler, was bedeutet für Sie der Begriff Biosphäre ganz persönlich?

Biosphäre ist für mich das Miteinander von Mensch und Natur. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie es gelingen kann, eine wirklich nachhaltige Entwicklung zu erreichen und umzusetzen. Es geht also um die wirtschaftliche Entwicklung im Einklang mit dem Naturschutz.

Sie sind im Raum Freudenstadt aufgewachsen. Was bringen Sie

als Nordschwarzwälder mit, das Ihnen die Arbeit im Südschwarzwald leichter macht?

Zunächst einmal die große Verbundenheit zum Schwarzwald als meine Heimat. Was mich zudem stark geprägt hat ist die Tatsache, dass ich im ländlichen Raum aufgewachsen bin. Ich habe eine gute Vorstellung davon, welche Herausforderungen hier zu meistern sind – wenn wir zum Beispiel an Themen wie Mobilität, Entwicklung der Bevölkerungszahlen, Regional-

entwicklung, kulturelle Teilhabe etc. denken.

Sie haben zuvor bei der UNESCO in Bonn gearbeitet. Welche Erfahrungen aus dieser Zeit können Sie ins Biosphärengebiet Schwarzwald einbringen?

Dadurch, dass ich für die Koordination des Netzwerks der UNESCO-Biosphärenreservate verantwortlich war, habe ich zum einen tiefgreifende inhaltliche Kenntnisse über die Strukturen

Biosphäre ist das Miteinander von Mensch und Natur: Eröffnung des Wildniscamps in Häusern.





"Wir wollen das Biosphärengebiet stärker in der Region positionieren und bekannter machen."

Florian Kübler,
Geschäftsführer
Biosphärengebiet Schwarzwald



und Prozesse der verschiedenen Biosphärengebiete.

Zum anderen hatte ich durch meine vorherige Tätigkeit auch die Möglichkeit, ganz viele innovative und erfolgreich Beispiele der Biosphärengebiete in Deutschland und international zu erleben und hoffe, diese Inspiration auch hier im Biosphärengebiet miteinfließen lassen zu können. Zudem bringe ich natürlich viele Kontakte zu Akteuren auf nationaler Ebene mit, die wir für die Umsetzung von Projekten nutzen können.

Was sind die wichtigsten Aufgaben des Biosphärengebiets in den nächsten Jahren?

Das Biosphärengebiet ist im bundesweiten Vergleich ja noch recht jung und wir haben nun die erste Evaluierung vor der Tür stehen, die alle zehn Jahre durch die UNESCO erfolgt. Im Jahr 2026 werden wir viel Energie darauf verwenden die Evaluierung vorzubereiten, die 2027 final bei der UNESCO eingereicht werden wird. Wir hoffen dann auf ein positives Feedback und die Verlängerung der UNESCO, die wir für 2028 erwarten.

Dieser Prozess bietet zugleich eine Chance, um einen Blick auf die zurückliegende Zeit zu werfen und von dieser zu lernen. Was lief und läuft bisher gut? Welche Aspekte müssen und können verbessert und gestärkt werden? Ich möchte die kommenden Monate nutzen, diese Fragen zu klären und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Haben Sie schon konkrete Projektideen, die Sie umsetzen möchten?

Ein zentrales Anliegen wird es sein, das Biosphärengebiet stärker in der Region selbst zu positionieren und bekannter zu machen. Wir möchten noch näher mit den Akteuren in der Region zusammenrücken und damit als starker Partner für die Menschen vor Ort agieren.

Des Weiteren glaube ich, dass wir noch stärker junge Perspektiven in unsere Arbeit einbinden können. Dafür sind einerseits unsere vielfältigen Bildungsangebote ein wichtiger Schlüssel, aber auch die Gewinnung neuer Zielgruppen für unsere Themen und unsere Projekte. Vorstellbar wäre aus meiner Sicht zum Bei-

spiel, die Vereine in den Kommunen des Biosphärengebiets stärker in den Blick zu nehmen und Formate zu entwickeln, wie wir über diese für unsere Arbeit und unsere Themen begeistern können.

Wo soll das Biosphärengebiet in zehn Jahren stehen?

Ich hoffe, dass das Biosphärengebiet in zehn Jahren in der Region nicht mehr wegzudenken ist und dass möglichst viele in der Region und darüber hinaus das Biosphärengebiet nicht nur kennen, sondern bekannt und klar ist, wofür dieses steht und welche Wirkung es entfaltet.

Zudem hoffe ich, dass das Biosphärengebiet noch stärker und klarer als Motor einer nachhaltigen Entwicklung fungiert und vielfältige Impulse aufgreift und liefert.

Außerdem wünsche ich mir, dass sich in zehn Jahren eine Vielzahl junger Menschen aktiv für das Biosphärengebiet engagieren und das Biosphärengebiet aktiv dazu beiträgt Identifikation mit der Region zu schaffen.

Borderwalk am Oberrhein

Stadtführung mal anders: INFOBEST 4.0 und die Hochschule Kehl zeigen einer Gruppe aus den drei Grenzländern bei einem Spaziergang zwischen Kehl und Straßburg, was die Grenzregion im Alltag ausmacht.

Rund 50 Personen stehen an der Tramhaltestelle Läger in Kehl. Sie hören Prof. Michael Frey von der Hochschule Kehl zu, der ein laminiertes Bild hochhält. Darauf zu sehen: Genau dieselbe Stelle, aufgenommen kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. Durch ihre Headsets erfahren die Umstehenden, dass die Tramline D seit 2017 Kehl und Straßburg verbindet. Sie funktioniert einerseits mit einem französischen Ticketsystem, andererseits mit deutschen Verkehrszeichen und Sicherheitsvorgaben.

Die Gruppe sind die Teilnehmenden des Borderwalks, einer Stadtführung mit Fokus auf das Thema

Grenze am Oberrhein. Das trinationale Projekt INFOBEST 4.0 hatte an einem Samstag im September interessierte Bürgerinnen und Bürger, politische Vertreterinnen und Vertreter, Projektpartner und Gäste aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz eingeladen. Projektleiter Klaus Schüle, der Leiter der Stabsstelle für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und europäische Angelegenheiten im Regierungspräsidium Freiburg, freute sich zuvor schon in seiner Begrüßungsrede über das rege Interesse an der öffentlichen Veranstaltung und betonte, dass INFOBEST 4.0 ein konkretes Beispiel für die gelungene grenzüberschreitende Zusam-

Brücken verbinden: Die Gäste des Boarderwalks bei der Passerelle des Deux Rives in Kehl.



menarbeit sei. Auf der weiteren, etwa 3,2 Kilometer langen Route durch die Kehler Innenstadt über den Rhein bis nach Straßburg zeigte das Team von INFOBEST 4.0 an anschaulichen Details im Stadtbild, was die Besonderheiten der Grenzregion ausmachen.

Die Grenze: Hürde oder verbindendes Element?

Eine Station weiter versammeln sich die Teilnehmenden vor der Kehler Rehfusvilla. Die frühere Hutfabrik beherbergt heute mehrere grenzüberschreitende Institutionen, darunter auch die INFOBEST Kehl/Straßburg. Sie ist eine von vier Beratungsstellen für Bürgerinnen und Bürger am Oberrhein, die sehr gefragt sind. Denn das Leben und Arbeiten in einer Grenzregion kann Bürgerinnen und Bürger vor verschiedenste alltägliche Fragen stellen. Dies wird im weiteren Verlauf des Borderwalks noch an sehr konkreten Beispielen klar. Die vier INFOBESTen beraten Ratsuchende persönlich, mehrsprachig und kostenlos, insbesondere zu den Themen Sozialversicherung, Rente, Steuern und Familienleistungen.

"INFOBEST 4.0 ist gelebte grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Herzen Europas."



Klaus Schüle,
Leiter der Stabsstelle für
grenzüberschreitende Zusammenarbeit
und europäische Angelegenheiten
im Regierungspräsidium Freiburg

Der Borderwalk führt die Gruppe im weiteren Verlauf über die Fußgängerbrücke Passerelle des deux Rives nach Frankreich. Die Brücke wurde vor rund 20 Jahren mit Fördermitteln des europäischen Programms Interreg Oberrhein gebaut.

Wertvoller Bürgerservice

Auch INFOBEST 4.0 ist ein grenzüberschreitendes Projekt, getragen vom Regierungspräsidium Freiburg. Es wird von der Neue Regionalpolitik der Schweiz und dem Programm Interreg Oberrhein kofinanziert. Die Projektziele, nämlich die vier INFOBESTen in den Bereichen Kundenberatung, Digitalisierung, Koordination und Kommunikation weiterzuentwickeln, stehen im



Professor Michael Frey von der Hochschule Kehl, der das Konzept Borderwalk entwickelt hat, erläutert die Besonderheiten der Grenzregion zwischen Kehl und Straßburg.

öffentlichen Interesse. Mit der Veranstaltung soll daher auch konkret gezeigt werden, wo Fördermittel der EU direkt den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen. Gerade dies ist auch Klaus Schüle ein besonderes Anliegen. Er betont mehrfach die erfolgreiche Bilanz des Projekts und würdigt das besondere Engagement des Projektteams. So profitierten beispielsweise rund 1200 Bürgerinnen und Bürger von dem neuen Beratungsservice durch INFOBEST 4.0. Diesen präsentierte das Projektteam nach der Rückfahrt nach Kehl mit der schon bekannten Tramlinie D. Bei INFOBEST können Ratsuchende professionelle Hilfe beim Ausfüllen ihrer grenzüberschreitenden Online-Anträge in den Bereichen Familienleistungen und Rente von zwei extra dafür geschulten Beraterinnen erhalten. Dafür gibt es Sprechtag an den vier INFOBEST-Standorten. Vor Ort können damit alle Schritte einer grenzüberschreitenden Verwaltungsangelegenheit begleitet werden – von der Erstberatung bis zum korrekt eingereichten Antrag.

Beim gemeinsamen Ausklang erzählen viele Teilnehmende von ihren eigenen Erfahrungen dies- und jenseits der Grenze. Die Veranstaltung hat ihnen nochmals neue, überraschende und außergewöhnliche Aspekte der Grenzregion gezeigt.

Wir fördern Investitionen in die Zukunft

Rund eine Milliarde Euro

**hat das Regierungspräsidium Freiburg im Jahr 2025
an Fördermitteln bewilligt**



Krankenhäuser

112 Millionen Euro

Junges Wohnen

7 Millionen Euro

Stadtsanierung

58 Millionen Euro

Waldwirtschaft

33 Millionen Euro

Schulbau

30 Millionen Euro

Schulische Bildung

307 Millionen Euro

Abwasser

23 Millionen Euro

Mobilität

50 Millionen Euro

Schulsanierung

28 Millionen Euro

Feuerwehr

21 Millionen Euro

Gewässer

8 Millionen Euro

Ganztagsschule

108 Millionen Euro

Kinderbetreuung

1 Millionen Euro

Agrarmarkt

10 Millionen Euro

Weiterbildung

6 Millionen Euro

Wasser

18 Millionen Euro

Sportstätten

5 Millionen Euro

Tourismus

4 Millionen Euro

Rettungsdienst

5 Millionen Euro

Sozialberatung

17 Millionen Euro

Ländlicher Raum

41 Millionen Euro

Naturschutz

3 Millionen Euro

Kunst und Kultur

2 Millionen Euro



Personalratsvorsitzende OAR'in Helke Strauss		4845
Vorsitzender des Bezirkepersonalrats RD Dr. Klaus Pletsch (CVUA)		4244
Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen Kurt Fehrenbach		4747
Beauftragte für Chancengleichheit Susanne Seewald		4932

Koordinierungs- und Pressestelle Leiter der Koordinierungsstelle Ltd. RD Florian Kopp		1044
Persönlicher Referent des Regierungspräsidenten ORR Dr. Christoph Schönberger		1004
Pressesprecherin RD'in Helke Spannagel		1038
Bürgerreferent / stv. Pressesprecher OAR Matthias Henrich		1039

REGIERUNGSPRÄSIDENT Carsten Gabbert	
Vorzimmer Christine Kern	
REGIERUNGSVIZEPRÄSIDENT Klemens Picht	
Vorzimmer Kathrin Schmidt	

Stabsstelle Energiewende, Windenergie und Klimaschutz RD Helko Hogenmüller		2101
Stabsstelle für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und europäische Angelegenheiten (SGZE) Ltd. RD Dr. Klaus Schüle		1051
Geschäftsstelle Biosphärengebiet Schwarzwald (BiospG) RR Florian Kübler		07673 889402-4383

Regionaler Sonderstabgefährliche Ausländer RD Dr. Jochen Wehrle		2339
Ltd. Fachkraft für Arbeitssicherheit und Brandschutzbeauftragter OAR Thomas Dufner		4811
Psychologische Beratung und Coaching Beauftragte für Suchtfragen Dr. Christel Laug, Dipl.-Psych.		4851

Abteilung 1	Abteilung 2	Abteilung 3	Abteilung 4	Abteilung 5	Abteilung 6	Abteilung 7	Abteilung 8	Abteilung 9
Steuerung, Verwaltung und Bevölkerungsschutz	Wirtschaft, Raumordnung, Bau-, Denkmal- und Gesundheitswesen	Landwirtschaft, Ländlicher Raum, Veterinär- und Lebensmittelwesen	Mobilität, Verkehr, Straßen	Umwelt	Landespolizeidirektion weggefallen seit 01.01.2014	Schule und Bildung	Forstdirektion	Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau
RVP Ficht	AP Dr. Dreier	AP Krumm	AP Kleemann	AP Winterhalter-Stockert	AP Hecht	AP Hecht	AP'in Dr. Peck	AP'in Kimmig
Referat 11 Organisation, Information und Kommunikation Ltd. RD Grünthal	Referat 21 Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz Ltd. RD'in Peters	Referat 31 Recht und Verwaltung, Bildung AD'in Meyer	Referat 41 Recht und Verwaltung, Grunderwerb N.N.	Referat 51 Recht und Verwaltung Ltd. RD Steenhoff	Referat 71 Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten der Schulen, Angelegenheiten nach dem Landesdisziplinargesetz AD'in Dr. Laule	Referat 81 Forstrecht und Bildung FD Sellenmerten		Referat 91 Geowissenschaftliches Landeservicezentrum Ltd. RD Sokol
4833	4682			4262	6198	1410		3066
Referat 12 Personal AD'in Scholz	Referat 22 Stadsanierung, Wirtschaftsförderung, Gewererecht, Preisrecht Ltd. RD'in Pollich	Referat 32 Betriebswirtschaft, Agrarförderung und Strukturentwicklung Ltd. LD'in Bothe	Referat 42 Steuerung und Bau Finanzen Ltd. BD Zink	Referat 52 Gewässer und Boden Ltd. TD Ott	Referat 72 Personal- und Verwaltungsangelegenheiten der Lehrkräfte Ltd. RD Moser	Referat 82 Forstliche Förderung Ltd. FD Wurster		Referat 92 Landesgeologie Ltd. RD'in Dr. Wielandt-Schuster
1065	4674	1235	4464	4334	6187	1461		3121
Referat 13 Kultur, Haushalt Ltd. RD Dörle	Referat 23 Kulturelle und soziale Infrastruktur, Krankenhausesfinanzierung, Fachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen Ltd. RD Morlock	Referat 33 Pflanzliche und tierische Erzeugung Ltd. LD Fricker	Referat 43 Ingenieurbau, Erhaltung Ltd. BD König	Referat 53.1 Gewässer l. Ordnung, Hochwasserschutz und Gewässerökologie, Planung und Bau Ltd. TechD Ortlieb	Referat 73 Lehrerstellung und Bedarfsplanung Ltd. RSD Dr. Schleske	Referat 83 Waldbolitik und Körperschaftsdirektion FD Springmann		Referat 93 Landesbodenkunde Ltd. RD Dr. Baumann
4875	1070	1305	2233	4246	6264	1409		3130
Referat 14 Kommunales, Stiftungen und Sparkassenwesen Ltd. RD'in Sutor	Referat 24 Recht, Planfeststellung Ltd. RD Kowohl	Referat 34 Markt und Ernährung, Futtermittelüberwachung Ltd. RD Ragg	Referat 44 Planung Ltd. BD in Klumpp	Referat 53.2 Gewässer l. Ordnung, Hochwasserschutz und Gewässerökologie, Betrieb und Unterhaltung AD Wigenda	Referat 74 Grund-, Werkreal-, Haut-, Real- und Gemeinschaftsschulen, Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren Ltd. RSD Dr. Nagel	Referat 84 Waldnaturschutz, Biodiversität und Waldbau Ltd. FD in Wicht-Lückge		Referat 94 Landeshydrogeologie und -geothermie Ltd. RD Dr. Geyer
1049	1234	1234	4495	4201	6065	1457		3091
Referat 15.1 Staatsangehörigkeitsrecht, Ausländerrecht Ltd. RD'in Meier-Kleisle	Referat 25 Ärztliche u. pharmazeutische An- gelegenheiten, Medizinprodukte Ltd. PhD'in Dr. Schöffler	Referat 35 Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung Ltd. VetD Dr. Gellert	Referat 45 Regionales Mobilitätsmanagement Ltd. BD'in Landgrafe	Referat 53.3 Integriertes Rheinprogramm Ltd. TechD Klumpp	Referat 75 Allgemein bildende Gymnasien OSD'in Sturm	Referat 85 Forsteinrichtung und Forstliche Geoinformation Ltd. FD Dr. Mattes		Referat 95 Landesingenieur geologie Ltd. RD Dr. Ehret
2043	1222		4501	4308	1389			3285
Referat 15.2 Flüchtlingaufnahme Ltd. FD Dr. Kramer			Referat 46 Verkehr Ltd. RD'in Spielberg	Referat 54.1 Industrie Schwerpunkt Luftreinhaltung Ltd. RD'in Dr. Schneider	Referat 76 Berufliche Schulen AD Müller			Referat 96 Landesrohstoffgeologie RD Dr. Flomena
2368			4708	2094	6121			3244
Referat 16 Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz, Rettungsdienst BRd Glänsner		Referat 47.1 - Baureferat Nord Ltd. BD Kunz	Referat 47.2 - Baureferat Ost Ltd. BD'in Schmid	Referat 54.2 Industrie/Kommunen Schwerpunkt Kreislaufwirtschaft Ltd. RD Bakaus	Landeslehrerprüfungsamt Außenstelle des Kultusministeriums beim RP Freiburg OSD'in Schreiner			Referat 97 Landesbergdirektion AD Brasse
4910		2272	0771 8966-2850	2118	6233			3064
		Referat 47.3 - Baureferat Süd Ltd. BD Bollinger	07731 8809-6809					Referat 98 Landeserbebendienst Ltd. RD Dr. Stange
								3080

ORGANISATIONSPLAN

Bissierstraße 7, 79114 Freiburg i. Br.
 Zentrale Rufnummer 0761 208-0
 Telefax 0761 208-394200
 www.rp-freiburg.de



Hinweis:
 Alle vierstelligen Durchwahlnummern sind an unsere
 Telefonzentrale **0761 208-** angeschlossen.

Der Regierungsbezirk Freiburg



Impressum

Herausgeber:

Regierungspräsidium Freiburg,
Kaiser-Joseph-Straße 167,
79098 Freiburg im Breisgau, Telefon 0761 208-0;
poststelle@rpf.bwl.de, www.rp-freiburg.de,
Redaktion: Pressestelle, Regierungspräsidium Freiburg

Fotos: Titelbild und S. 6: Ökostromgruppe Freiburg; S. 4: Patrik Seeger, S. 5: Britt Schiling; S. 9: Deutsche Erdwärme, S. 18: Chris Iseli. S. 21: Gemeinde Deilingen, S. 24, 25: Biosphärengebiet Schwarzwald, S. 26/27: Hochschule Kehl, Rückseite: P. Seeger, alle anderen Fotos: Regierungspräsidium



Baden-Württemberg
Regierungspräsidium
Freiburg

